

Beschlussübersicht Landesrat

2019 –

Sascha H. Wagner, LGF

Landesrat	Beschluss	Umsetzung
26. Januar 2019, Oberhausen	<p>Staatstrojaner in Brandenburg verhindern</p> <p>Der Landesrat NRW bittet den Landesvorstand NRW im Namen vom Landesrat Kontakt zu den Genoss*innen der Linksfraktion Brandenburg aufzunehmen. Dabei sollen unsere Genoss*innen in Brandenburg in einem nicht öffentlichen Brief gebeten werden, das geplante Polizeigesetz mit Staatstrojanern zu verhindern.</p>	Erfolgt am 19.02.2019
26. Januar 2019, Oberhausen	<p>Die Linke NRW unterstützt die Aktivitäten zum Frauen*streik. Die Linke NRW ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich an den Aktivitäten zu beteiligen.</p>	Erfolgt
26. Januar 2019, Oberhausen	<p>Finanzplan 2019</p> <p>„Der Finanzplan 2019 mit voraussichtlichen Erträgen von € 1.549.168 und Aufwendungen von voraussichtlich € 1.457.298 wird ab 01.01.2019 in Kraft gesetzt. Bestandteil der Beschlussfassung ist die Einzelplanung der Etatposten anhand der beigefügten Finanzplan-Tabelle sowie der beigefügte Stellenplan.</p> <p>Verbunden ist dies mit folgenden Einzelbeschlüssen:</p> <p>1. Ab dem 01.03.2019 wird eine Stelle für ein*e Referent*in für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen. Sie hat einen Umfang von 30,0 Std./Woche und wird mit Entgeltgruppe 6 entsprechend dem zwischen der Partei DIE LINKE und ver.di</p>	<p>Erfolgt</p> <p>Ausschreibung erfolgt Besetzung der Stelle ab 01.06.2019</p>

	<p>abgeschlossenen gültigen Haustarifvertrag vergütet. Sie wird bis 2021 für zwei Jahre befristet aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert. Für den kommenden Landtagswahlkampf wird 2021/22 eine Stelle zur Unterstützung der Pressearbeit im Wahlkampf befristet eingerichtet und ab 2022 aus dem Landtagswahletat finanziert. Die Stelle endet nach der Landtagswahl.</p> <p>2. Der Etat für die Jugendarbeit wird in Anerkennung der gewachsenen Bedeutung junger Genoss*innen in der Partei von bislang € 10.000 auf € 20.000 verdoppelt und dabei in zwei Einzelposten für die Linksjugend mit € 16.000 und den Hochschulverband SDS mit € 4.000 aufgeteilt.</p> <p>3. Der Mitgliedsbeitrag für das Kommunalpolitische Forum e.V. wird für 2019 auf € 10.000 festgesetzt. Der Landesverband unterzeichnet die bislang nicht formell abgeschlossene Beitrittserklärung zum KoPoFo entsprechend dessen Satzung, um das Stimmrecht durch ein*e Vertreter*in des Landesvorstandes auch formell wahrnehmen zu können.</p> <p>4. Zur Stärkung der Frauennetzwerkarbeit wird anstelle der ursprünglich beantragten Hauptamtlichkeit ein Etatposten von € 5.000,00 vorgesehen.</p> <p>5. Der Etat für Zuschüsse an Kreisverbände wird von € 10.000 auf € 20.000 heraufgesetzt, um vor allem finanzschwache Kreisverbände in den bevorstehenden</p>	
--	---	--

	<p>Wahlkämpfen besser zu unterstützen. Auszahlungsvoraussetzung sind das Vorhandensein bzw. die Einreichung von Finanzplänen sowie entsprechend begründete Anträge.</p> <p>6. Es wird eine Rücklage von € 165.000 gebildet, die zweckgebunden für unvorhergesehene Aufwendungen (zusätzliche Wahlkämpfe, gerichtliche Auseinandersetzungen u.ä.) vorgesehen ist und die – bis zu einem neuen Beschluss des Landesrates – für keine anderen Zwecke verwendet werden darf.</p> <p>7. Der Landesvorstand wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu treffen, um das nach wie vor bestehende strukturelle Defizit aufzufangen. Dazu gehört eine Anhebung des durchschnittlichen Mitgliedsbeitrages ebenso wie ein Antrag an den Parteivorstand auf Erhöhung des Länderfinanzausgleichs. Über die Schaffung weiterer Stellen, etwa zur Hauptamtlichkeit der Landessprecher*innen ab Juli 2020, wird im Zuge der Finanzplanung für 2020 neu beraten.</p> <p>8. Die Haushaltsposten für Konferenzen und Werbemittel werden um insgesamt € 17.000 vermindert.</p>	
	<p>Tariffucht und Stellenabbau sind kein Konzept für die Zukunft - DIE LINKE NRW ist solidarisch mit den Beschäftigten bei Karstadt und Kaufhof</p>	<p>Resolution</p>

26. Januar 2019, Oberhausen	Nein zur Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen	Resolution
26. Januar 2019, Oberhausen	Nein zum Putsch in Venezuela	Resolution
26. Januar 2019, Oberhausen	Für eine solidarische Migrationspolitik	Antrag